

5mal wöchl. Bezugspreis: f. September 2 M. W. auschl. Postgeb. Berechnung der Ausgaben nach Rent.-Markt. Preise: Die eingepaltene Beilage 10 S., f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 S., Die Beilage 10 S., 1 M. Offsetgebühren für Selbstabholer 20 S., bei Uebernahme d. d. Wochensatzes 10 S. auschl. Postgeb. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Geschäftslicher Teil: Josef Bohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Ans.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unbetriebl. u. d. Fernpost übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unbetriebl. eingelangte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Wiberl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonische Buchverlagsanstalt, Dresden, 16, Schillingstraße 46, (Postamt 32722, 500-1) Telefontaxi Dresden 14777

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden • H. 16, Schillingstraße 46, (Postamt 32722, 500-1) Telefontaxi Dresden 14777

Kommunalpolitik

Wer ganz in Ideen lebt, dem mag die Einstellung auf greifbare Dinge, die heute das politische Leben beherrscht, schmerzhaft sein. Wer mit den Tatsachen rechnet, wird sich zwar keineswegs zu der altfalschlichen Auffassung bekehren, daß die materiellen Verhältnisse die Ideen bestimmen, er wird aber ruhig anerkennen, daß materielle und ideale Gesundheit sich gegenseitig bedingen. Nur sind die materiellen Dinge leichter zu fassen und zu beeinflussen als die Geister. Ein Neubau des politischen Lebens in Deutschland muß gerade von dem ausgehen, was als das Grundübel erscheint: Von der Beherrschung des politischen Denkens durch wirtschaftliche Erwägungen. Nicht durch Worte werden neue Kräfte geschaffen, sondern durch die praktische Zusammenarbeit vieler Menschen. Wir erleben es immer wieder, daß ein einzelner Mann emporgetragen wird im öffentlichen Leben der Nation, daß er als der Lenker und Gestalter der Geschichte seines Volkes erscheint — man braucht nur an Lenin, an MacDonald, an Mussolini zu denken. Und doch wäre die Gewalt dieses einen großen Namens unmöglich ohne die kleine Arbeit der vielen Namenlosen, die hinter ihm stehen und mit ganzer Hingabe für ihn eintreten. Wenn einmal ein großer neuer Gedanke offen vor aller Augen liegt, wenn er sich in der Person eines einzelnen befähigten Menschen ausdrückt, dann reicht er mit, dann folgen ihm um des äußeren Glanzes willen viele. Doch bis es dahin kommt, bis der Gedanke ans Licht dringt, muß unendlich viel Säge — und scheinbar zunächst verlorene Kleinarbeit geleistet werden.

Diese Tatsache enthält einen wundervollen Trost und eine große Verheißung gerade für alle Menschen, die auf einem Kampf und Haß gefüllten Boden wie dem des sächsischen Freistaates für eine christliche Politik eintreten. Denn Christentum heißt Verführung, heißt Nächstenliebe und selbstloser Dienst zum Nutzen der Allgemeinheit. Wieviel wertvolle Mühe ist hier scheinbar so völlig verlorengegangen. Wahrhaft heroisch muß beispielsweise jedem ohne Unterschied der Partei, der das lange Ringen des sächsischen Zentrums verfolgt, der Mut und die Ausdauer erscheinen, mit der die scheinbar von vornherein verlorenen Positionen in Sachsen immer wieder umkämpft worden sind. Bieleicht ist auch manchem bewährten Zentrumskämpfer oft der bange Zweifel gekommen, ob es denn noch Zweck habe, sich weiter zu mühen, ob denn nicht doch alles vergebens sei. Aber diese Zweifel haben keine Kraft gewinnen können neben dem Bewußtsein, daß Geduld, Mut und Arbeit alles in der Welt überwinden.

Was einmal groß werden soll, muß von kleinsten ausgehen. Nicht allein der Reichstag ist der Ort, an dem die wichtigsten Entscheidungen über Wohl und Wehe der Bevölkerung getroffen werden. Diese Entscheidung liegt tatsächlich bei den kleinsten Parlamenten unseres Systems, bei den Gemeinderäten in demselben Maße. Wer hat nicht schon beobachtet, daß bei Reichstags- und Landtagswahlen abgestimmt wurde nicht nach den politischen Vorgängen in Reich und Land, sondern nach den Verhältnissen in der einzelnen Gemeinde? Die Gemeinde ist für jeden Einzelnen von uns der Platz, auf dem Gott ihn gestellt hat. Die Kräfte des klügsten und reichsten Menschen sind begrenzt. Will er sie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, so kann er es zunächst nur, indem er den „Nächsten“ — im wortwörtlichen Sinne — dient. Wer seinem Volke dienen will, diene dem Nächsten in seinem Volke. Wer arbeiten will an der Erneuerung des politischen Lebens, weiche seiner Arbeit zunächst der kommunalen Politik.

Sicherheit und schöpferische Kraft des politischen Handelns bedürfen der Pflege. Die Übung in der politischen Arbeit, die für die Gemeinden zu leisten ist, bedeutet und wird bedeuten die beste Bildung für unsere politischen Talente. Wer sich hier bemüht, wird sich vielleicht auch vor größeren Aufgaben bewähren; wer hier scheitert, ist endgültig erledigt. Wonach beurteilt man denn heute die Fähigkeit eines Politikers? Leider nur zu oft nach seiner Beredsamkeit. Die berühmten Gänse des römischen Kapitols oder bilden das einzige Beispiel dafür, daß ein Staat durch lautstündendes Geschrei gerettet worden ist. Jeder wirkliche Politiker lebt in einer Tradition politischen Könnens und politischer Bildung. Es ist nicht sonderlich schwer zu erkennen, daß fast alles, was wir heute an wirklicher politischer Leistung haben, aus der großen politischen Tradition der alten deutschen Städte stammt, nachdem die bis in den großen Krieg hinein wichtige Tradition des deutschen Adels abgerissen ist. Eine sorgfältige Fortführung der heutigen politischen Formen wird unmöglich werden, wenn die zugrunde liegende Ueberlieferung, wenn die kunstvolle Kleinarbeit der kommunalen Verwaltung in Verfall gerät.

Die neue Gemeindeordnung, deren Bestimmungen gerade jetzt praktisch wirksam und in der Tragweite übersehbar werden, nimmt auf diese hohe Bedeutung der Kommunalpolitik Rücksicht. Sie setzt die Bewegung fort, die am Anfange des 19. Jahrhunderts begann und darauf hinausläuft, den Gemeinden ein möglichst hohes Maß von Selbstverwaltung zu geben. Diese städtische Freiheit ist die rechte Ergänzung des „föderalistischen“ Gedankens. Länder und Gemeinden sollen innerhalb des Reiches ein hohes Maß von Selbstbestimmung erhalten, um desto kräftiger dem Ganzen dienen zu können. Diese Regierungsform ist von echter deutscher Art, sie ist aber eben-

Schacht in London

Vor der Auflegung der Anleihe

London, 25. September. Alle Vorbereitungen für den auf England fallenden Teil der 40-Millionen-Pfund-Anleihe für Deutschland sind beendet. Ueber die Auslegungsbedingungen schwanken noch die Angaben. In London spricht man von einem Zinse von 8 Prozent und einem Zinsfuß von 8 Prozent, wohingegen in New York von einem Zinsfuß von 7,5 Prozent, bei gleichem Ausgabekurs gesprochen wird. In London werden nicht weniger als 10 Millionen Pfund als Minimum und nicht mehr als 15 Millionen Pfund als Maximum aufgelegt werden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht weist in London und führt die Besprechungen, an denen unter anderem Norman, Angell und Morgan teilgenommen haben.

Wirtschaftsjahren

Die Aufwertungsfrage. — Lohnkämpfe.

Berlin, 25. September. Die Verhandlungen des Aufwertungs Ausschusses sind gestern abend, ohne daß es zu einem Beschlusse gekommen wäre, auf heute vormittag vertagt worden. Der Reichsfinanzminister entwickelte einen Plan über die Art und Weise, wie den nachweisbar bedürftigen Besitzern von Kriegsanleihen auf sozialem Wege geholfen werden könne. Auf die Befreiung anderer Kriegsanleihen bezieht sich der Plan nicht. Der Minister suchte im übrigen in ausführlichen zahlenmäßigen Darlegungen zu beweisen, daß es der Reichsfinanzverwaltung ganz unmöglich sei, eine Aufwertung oder auch nur eine geringfügige Verzinsung von Reichs- und Kriegsanleihen vorzunehmen.

Berlin, 25. September. Auf der heutigen Börse hat das Ergebnis des gestrigen Aufwertungs Ausschusses ein großes Angebot an Anleihen markte hervorgerufen, und man rechnet in Börsenkreisen mit größeren Kursrückgängen für den heutigen Tag, obgleich das Publikum selbst seine Verkäufe erst am morgigen Tage wird tätigen können. Dem gegenüber ist das Geschäft in Effekten etwas lebhafter und die Kurse des Vortages werden in den heutigen Morgenstunden wiederum etwas überschritten; doch nimmt das Geschäft allzutrohen Umfang nicht an, da die Spekulation im Hinblick auf die zu erwartende Klärung der innerpolitischen Lage und auch die Vorgänge in Genf etwas zurückhaltender ist.

Berlin, 25. September. Die Eisenbahnorganisationen haben gestern abend beschlossen, die Lohnvereinbarungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu kündigen. Es wurde weiter beschlossen, daß heute vormittag eine Deputation beim Reichsverkehrsminister Defer in dieser Frage vorstellig werden solle.

Bodum, 25. September. Nach Mitteilung der Gesamtbetriebsräte der deutschen Ruhrbergbau-Gesellschaft beschäftigt die Generaldirektion, in absehbarer Zeit weitere 4500 Bergarbeiter der südlichen Randzonen zu entlassen.

Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz

Brüssel, 25. September. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Theunis aus einem Urlaub wird die Frage der Einführung der 20prozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr durch Belgien geprüft werden. Angesichts der Interessen, die bei den Handelsvertragsverhandlungen auf dem Spiele stehen, ist es im voraus fest, daß Belgien in dieser Angelegenheit dem Beispiel Frankreichs folgen werde.

London, 25. September. Ministerpräsident MacDonald empfing heute eine Abordnung der Baumwollindustrie von Lancashire, die ihm ihre Auffassung über die voraussichtliche nachteilige Wirkung der in einem deutsch-französischen Handelsvertrag zu erwartenden Zollreduzierungen zugunsten der Baumwollindustrie in Elsaß-Lothringen aus den englischen Baumwollhandel auseinandersetzte. Die Abordnung betonte, daß die englische Baumwollindustrie bisher bereits erheblich gelitten habe und erforderte die Regierung, alle Maßnahmen anzuwenden, um zu verhindern, daß die Industrie der ausländischen Konkurrenz gegenüber dauernd ins Hintertreffen gerate. Der Ministerpräsident wurde gebeten, bei den künftigen Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland darauf zu achten, daß der englischen Industrie günstige Bedingungen gewährt würden.

von echter christlicher Art, beste Verwirklichung des Apostelwortes: „So sind wir alle ein Leib, untereinander aber Glieder“.

Von all den „Volksbewegungen“, die heute über das Land hinbrausen, wird nicht viel übrig bleiben. Jedenfalls nur das, was von all den Worten innerhalb der Gemeinden zur Tat wird. Tausend kleine Anstrengungen vereint schaffen die große Bewegung.

So ist denn nichts bedeutungslos, was in kleinen und kleinsten Dingen auf den abgelegenen Bühnen der Gemeindeparlamente geleistet wird. Gewiß handelt es sich hier meist um die so viel verschrienen wirtschaftlichen Dinge. Alles aber kommt darauf an, in welchem Geiste diese Fragen gelöst werden. Ob der Gesichtskreis der Menschen, die entscheiden, auf enge Interessen begrenzt, oder auf das Ganze eingestellt ist. All diese Leistungen sind wie Quellwasser, das im Verborgenen aus tausend Richtungen zusammenströmt, um endlich einmal den Strom zu bilden. Diese Übung, diese Erfahrung wird jedem Einzelnen, wird allen Ständen zeigen, daß es mit der Einstel-

Der Weg nach Genf

Die nächsten Schritte.

Berlin, 25. September. Aus dem Kabinettsbeschlusse vom Dienstag geht klar hervor, daß die deutsche Regierung den Antrag auf Ausnahme in den Völkerbund diplomatisch vorzubereiten entschlossen ist. Sondierungen haben ja in den letzten Wochen wiederholt, vor allem zwischen Berlin, London und Paris stattgefunden, aber nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Nachdem nun die volle Bereitschaft Deutschlands offiziell vor aller Welt dokumentiert worden ist, und zugleich die einleitenden Schritte auch angezeigt worden sind, wird naturgemäß das Auswärtige Amt mit erhöhtem Nachdruck zu arbeiten haben. Es handelt sich jetzt darum, die Möglichkeiten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund festzustellen.

Dies soll auf dem Wege eines Memorandums geschehen, das den zehn im Völkerbund vertretenen Staaten überreicht werden soll. Im Völkerbundsrat muß bekanntlich entgegen der Völkerbundsversammlung Einstimmigkeit über die Beschlüsse herrschen. Zinsen die in dem Memorandum von Deutschland aufgeworfenen Fragen (es handelt sich um die schon häufiger erwähnten Punkte) die Zustimmung des Völkerbundsrates, dann steht einem Antragseingehung deutscherseits nichts mehr entgegen.

Aus der Mission Rankens geht ja zweifellos hervor, daß ein großer Teil der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes die deutschen Voraussetzungen und Forderungen als berechtigt anerkennt und ihnen auch Rechnung tragen will. Ob aber diese Gruppe die Mehrheit und die Machtbefugnisse hat, um Deutschland den Sitz einzunehmen, der ihm gebührt, das läßt sich zur Zeit noch nicht beurteilen. Frankreich mit seinen Anhängern, vor allem den neugründerischen kleinen Staaten, bildet jedenfalls ein oder vielmehr das hemmende Moment, und es kann sich schwer entscheiden, Deutschland die volle Gleichberechtigung zuzuerkennen. Es liegt das zum Teil daran, daß die Rechtsmittel, die sich Frankreich auf Grund seines Machtbewußtseins in der Nachkriegszeit zum Teil erzwungen hat, doch nicht auf so unerschütterlichem Fundament stehen, daß es nicht befürchten muß, daß diese seine Rechte im einen oder anderen Falle, oder vielleicht auch in vielen Fällen stark geschmälert werden. Ein gleichberechtigter Sitz Deutschlands im Völkerbundsrat würde naturgemäß die französische Position stark schwächen. Deshalb auch dieser Widerstand. Es klingt ja belohnend etwas grotesk, wenn sich die französische Regierung immer und immer wieder darauf beruft, daß sie gegen den Eintritt Deutschlands nichts einzuwenden habe unter der Voraussetzung, daß Deutschland dieselben Bedingungen erhalte, die allen anderen Mitgliedern des Völkerbundes zur Pflicht gemacht sind und vor allem keine Vorrechte und Ausnahmestellungen fordere. Das klingt grotesk, weil die Großmächte, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben, ihm doch Satzungen sozusagen aufzudrückt haben, die lediglich ihre Interessen vertretten, nachdem sie sich, das muß noch besonders unterstrichen werden, selbst die Sitze im Völkerbundsrat garantiert und zugesprochen hatten, die sie jetzt als „Sonderrecht Deutschlands“ zu bezeichnen belibben. Daß wir hier nicht zuviel sagen, wenn wir davon sprechen, daß der Völkerbund, besonders der Völkerbundsrat bisher lediglich den einseitigen Interessen der Siegergroßmächte diene, wird doch am besten eine gewisse sogenannte Völkerbundslosigkeit einer Reihe von Mitgliedern, die schon seit Jahrzehnten begehrte Anhänger eines Völkerbundes waren. Man nehme nur als Beispiel die Schweiz und die nordischen Staaten, wie überhaupt alle kleinen neutralen Mächte, die sich vom Völkerbund wirtschaftliche Wahrung der allgemeinen Interessen der Völker und volle Gleichberechtigung aller Nationen versprochen. Die Zeit und die Geschichte mit ihr werden auch hier über die einseitigen Interessen der Siegergroßmächte hinweggehen. Deshalb brauchen wir uns mit unserem Eintritt nicht zu überfürzen und dürfen es nicht im Interesse unserer Großmachtstellung. Hat man uns wirklich so notwendig, wie es in den letzten Monaten der Fall zu sein schien, — und tatsächlich ist ein Völkerbund ohne Amerika, Deutschland und Rußland ein Un Ding — nun gut, wir sind zur Mitarbeit vollaus bereit, natürlich unter der gegebenen Voraussetzung der Gleichberechtigung. Es ist nun an England und Frankreich vor allem, diese ersten und Hauptbedingungen zu erfüllen und so unseren baldigen Eintritt zu ermöglichen.

lung auf das Sonderinteresse nicht geht. Daß jeder zum Nutzen der Allgemeinheit opfern und dienen muß.

Diese kommunale Arbeit wird auch das Leben aller politischen Parteien erneuern. Reichs- und Landesdinge stehen nur bei Wahlen auf der Tagesordnung, kommunale Fragen aber sind täglich aktuell. Eine Wählererschaft, die auf Gemeindefragen eingestellt ist, wird nicht politisch gleichgültig, gerade weil diese Gemeindefragen wirtschaftlich jeden täglich in Mitleidenenschaft ziehen. — Die Sächsische Zentrumspartei hat in richtiger Erkenntnis dieser Entwicklung schon vor Jahren eine „Kommunalpolitische Vereinigung“ der Zentrumsvertreter in den sächsischen Gemeindeparlamenten gebildet. Diese Vereinigung ist der großen Vereinigung aller auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Kommunalvertreter angeschlossen, die ihren Sitz in Rölln (Vize Dr. H. Selmer, Rubenstraße 11) hat. Die Kölner Zentrale gibt die „Kommunalpolitischen Blätter“ heraus, die in fortlaufender Berichterstattung über die aktuellen Einzelfragen der Kommunalpolitik